

Igor' F. Maksimyčev

Der Zusammenbruch der DDR

Blick aus dem Fenster der sowjetischen Botschaft Unter den Linden

Von 9. Mai 1987 bis 3. Oktober 1990, als mit der DDR auch die diplomatischen Vertretungen in der DDR verschwanden, war ich als Gesandter im Range eines Botschaftsrates (Stellvertreter des Botschafters) an der Botschaft der UdSSR in der DDR tätig. Als zweiter Mann in der Botschaft hatte ich an zahlreichen internen Besprechungen und Diskussionen teilzunehmen, an Verhandlungen und Gesprächen mit führenden Vertretern der DDR und Westberlins (die Zuständigkeit für die Beziehungen mit Westberlin lag bei mir) sowie mit den Chefdiplomaten zahlreicher Länder, einschließlich der drei Mächte, die gemeinsam mit der UdSSR die Verantwortung für Berlin und Deutschland insgesamt trugen. Aus dieser Zeit sind eine Vielzahl von Tagebuchnotizen erhalten, die die wesentlichen Etappen der Entwicklung der Situation und die Windungen der offiziellen Politik der UdSSR im Verhältnis zu unserem Verbündeten DDR sowie die aus verschiedenen Quellen bei uns eingehenden Informationen, die aus Moskau kommenden Weisungen, die Meinungen zahlreicher Gesprächspartner usw. widerspiegeln.

I. „Meines Herzens tiefstes Leid...“¹

Die Aufzeichnungen, die ich bei der Ausübung meiner Dienstpflichten auch in den dramatischsten Monaten der Vorbereitung der Eingliederung der DDR in die BRD machte, folgten keinem bestimmten Schema. Es hing viel davon ab, ob es jeweils möglich war, während einer Veranstaltung Notizen zu machen oder ob ich direkt nach einem Gespräch fünf bis zehn freie Minuten hatte, um das Gehörte oder Gesehene in meinem Notizbuch festzuhalten. Ich machte mir dabei keine Minute lang Gedanken darüber, dass diese Aufzeichnungen irgendwann einmal von historischem Interesse und dabei behilflich sein könnten, das wahre Bild der Ereignisse zu zeichnen – vor allem, was den Kurs Moskaus betrifft in der Krise, die sich in der DDR abspielte und den Gang der Weltgeschichte jäh veränderte. Die Aufzeichnungen machte ich in der Regel in aller Eile und in Schnellschrift, mitunter sind deutliche Schreibfehler festzustellen; das Ziel war lediglich, die genauen Formulierungen eines Gesprächspartners oder Redners nicht zu vergessen; denn später wollte man sich ja darauf stützen, wenn man die Informationen für Moskau vorbereitete oder andere wichtige Dokumente erstellte.

¹ *Aleksandr S. Puškin*, „Eugen Onegin“.

Von Interesse sind im Wesentlichen die Notizen in dem Tagebuch, das ich bei den sogenannten Besprechungen des diplomatischen Personals beim Botschafter führte, die täglich um 9.00 Uhr morgens stattfanden; die Anwesenheit der Leiter der Handelsvertretung und einiger anderer sowjetischer Vertretungen in der DDR war dabei obligatorisch. Es gab auch geschlossene Besprechungen des ranghöheren diplomatischen Personals im kleinen Kreis; auf einigen davon sowie auf den Parteiversammlungen des diplomatischen Personals machte ich mir ebenfalls Notizen. Botschafter Vjačeslav Kočemasov sah den Hauptzweck der täglichen, mitunter mehrstündigen „Spinnstunden“ darin, allen Mitarbeitern für Gespräche mit Ausländern obligatorische Vorgaben zu machen (die Besprechungen begannen mit einem kurzen Vortrag über den Inhalt der wichtigsten eben erschienenen Zeitungen der DDR und Westberlins, aber dies war eher eine Formalität, denn eine Diskussion der Vorträge fand nicht statt). Diesem Ansatz wohnte eine eigene Logik inne – die Atmosphäre der Perestroika führte dazu, dass die Einschätzungen und Meinungen, die Vertreter unserer zentralen Organisationen öffentlich kundtaten, divergierten. Einige dieser Aussagen berührten vitale Interessen der DDR und lösten mitunter bei den Offiziellen der Republik heftige Reaktionen aus. Eine Reihe von Berliner Führungspersonlichkeiten verhehlte nicht, dass sie die Perestroika als ein höchst gefährliches Experiment betrachteten, dessen destabilisierende Wirkung auch auf Ostdeutschland überzugreifen drohte. In dieser angespannten Situation hätte jedes „unpassende“ Wort absolut unerwünschte Folgen haben können.

Dank seiner Verbindungen nach ganz oben (Kočemasov war schon unter Stalin Sekretär des ZK des sowjetischen Komsomol-Verbandes und danach fast zwei Jahrzehnte lang stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der RSFSR gewesen) und der direkten Telefonleitung nach Moskau waren dem Botschafter die Stimmungen Michail Gorbachëvs und anderer Führungspersonlichkeiten aus dem ZK der KPdSU, von Eduard Ševardnadze und den Spitzenbeamten des Außenministeriums sowie deren Ansichten zu allen wesentlichen Aspekten der internen und externen Situation bekannt. Wichtig ist auch, dass Kočemasov Erich Honecker bereits aus der Komsomol-Zeit gut kannte. Als Botschafter stand er in ständigem Kontakt mit dem Generalsekretär der SED, traf ihn praktisch jede Woche zu ausführlichen Gesprächen und telefonierte (mit Hilfe eines Dolmetschers) fast jeden Tag mit ihm. Diese Umstände sind es, die mir die Möglichkeit geben, mit hinreichender Glaubwürdigkeit zu rekonstruieren, wie sich die Situation in den Machtzentren der UdSSR und der DDR entwickelte, wie sich die Meinungen ganz oben von Tag zu Tag bildeten und welche Entscheidungen dort vorbereitet wurden.

Wie die Kontakte zur SED-Spitze, so waren auch die Verbindungen von der Botschaft zur Generalität der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) oder, wie sie ab Juli 1989 genannt wurde, der Westgruppe der Truppen, WGT (Auslöser für die Umbenennung war der dringende Wunsch Honeckers, den Begriff „Deutschland“ aus der Bezeichnung der Gruppe zu entfernen: Deutschland, so erklärte man uns, existiere längst nicht mehr, und es werde nie wieder existieren), stets der geschützte Bereich von Kočemasov in seiner Eigenschaft als Mitglied des ZK der KPdSU. Mit dem Oberbefehlshaber der WGT, General Boris Snetkov (ZK-Kandidat), flog der Botschafter in dessen persönlichem Flugzeug zu den Plenartagungen des ZK der KPdSU, die zur Zeit Gorbachëvs recht häufig stattfanden, nach Moskau. Und außerhalb der Plenartagungen sahen sie sich regelmäßig sowohl in Berlin als auch im Stab der Westgruppe in Wünsdorf bei Berlin. Da

nach dem internen Protokoll der Botschafter durch das ranghöhere Botschaftspersonal verabschiedet und begrüßt werden musste, kannten wir den Weg zum zentralen Flugplatz der Westgruppe in Sperenberg außerordentlich gut, studierten die Abläufe in der dortigen VIP-Lounge und lernten nach und nach die gesamte Spitze der WGT kennen. Natürlich wussten die leitenden Mitarbeiter der Botschaft über die Kontakte des Botschafters zu Snetkov Bescheid. Enge Beziehungen gab es zur Berliner Brigade, die in der Hauptstadt der DDR stationiert war: Ihre Angehörigen bewachten das Botschaftsgebäude inoffiziell. (Der Haupteingang der Botschaft Unter den Linden wurde von Soldaten des Wachregiments „Feliks Dzierzynski“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR gesichert, die übrigens gewöhnliche Polizeiuniformen trugen, der Diensteingang in der Behrenstraße wurde von unseren Soldaten kontrolliert.) Die Stimmung in der WGT bereitete uns keine besonderen Sorgen, was man von den DDR-Offiziellen nicht behaupten kann: Die für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Offiziere warben nach Meinung der DDR-Leute mitunter „mit übertriebenem Eifer“ für die sowjetische Perestroika. Daher gingen bei uns in der Botschaft ziemlich oft Klagen über die „leidenschaftlichen“ Auftritte von WGT-Offizieren ein. Wir bemühten uns, aufkommende Irritationen zu entschärfen, aber manchmal leiteten wir die Klagen der DDR auch „zuständigkeitshalber“ an die politische Verwaltung der Gruppe weiter.

II. Vorboten des Sturms

Die Situation in der DDR machte uns Sorgen. Davon, wie misslich die Lage dort war, konnte ich mich auf höchst anschauliche Weise weniger als einen Monat nach meiner Ankunft in Berlin überzeugen. An Pfingsten, das 1987 auf den 6., 7. und 8. Juni fiel, fand vor dem Reichstag, der sich 500 Meter von der Botschaft entfernt auf Westberliner Gebiet befand, ein dreitägiges (genauer gesagt „dreiabendliches“) Open-Air-Konzert führender Rockgruppen aus Westeuropa und den USA statt. Die Organisatoren des Konzerts, geleitet von Mitgefühl für die Ostberliner Bevölkerung, wie sie später versicherten, bauten einen sehr beträchtlichen und leistungsfähigen Teil der Verstärker direkt vor dem Brandenburger Tor auf und richteten sie nach Osten aus. Der Erfolg war derart überwältigend, dass wir uns in der Botschaft aufgrund der dröhnenden Musik, die in allen Räumen zu hören war, nur verständigen konnten, indem wir aus Leibeskräften brüllten oder einander Zettel zuschoben.

Unter den Ostberlinern verbreitete sich die Nachricht, dass man ein Rockkonzert der Spitzenklasse sozusagen unmittelbar „live“ miterleben könne, ziemlich langsam, obwohl der Westberliner Rundfunk sich beeilt hatte, rechtzeitig darüber zu berichten. Am ersten Abend – einem Freitagabend – versammelten sich an den Absperrungen vor dem Brandenburger Tor (der gesamte Bereich des Tors war Grenzgebiet und durfte von niemandem betreten werden) nur kleine Grüppchen von Jugendlichen, die leicht von den Grenzposten überredet werden konnten, sich von der Grenze zu entfernen. Und auch am folgenden Abend gab es keine besonders großen Ansammlungen von Jugendlichen. Doch die Volkspolizei begann bereits, die Leute auseinanderzutreiben. Die Aktionen der Polizei verursachten keine große Aufregung und verliefen reibungslos. Wesentliche Unannehmlichkeiten gab es erst am dritten Abend.

Am Sonntag, dem 8. Juni, war offenbar die Entscheidung getroffen worden, überhaupt keine Konzertbegeisterten bis zum Brandenburger Tor vorzulassen. Gegen Abend sperrte die Polizei die Straße Unter den Linden und die Parallelstraßen genau auf der Höhe der Botschaft, fast unter den Fenstern meines Büros, ab. Hinter der Absperrung versammelte sich eine unüberschaubare Menschenmenge. So gegen 21.00 Uhr begannen Rangeleien, Polizeiknüttel kamen zum Einsatz, Menschen wurden in schlecht beleuchtete Seitensträßchen abgeführt oder, genauer gesagt, weggeschleppt. Die Menge, die die Straße Unter den Linden bis zum Überlaufen füllte, skandierte ununterbrochen „Mauer muss weg!“ und „Gorbi, Gorbi!“ (so wurde Gorbačev damals von den Deutschen salopp genannt). Der Eindruck war überwältigend. Das war ein schlagendes Beispiel dafür, wie im Unverstand eingesetzte Gewalt einen beliebigen, auch noch so geringfügigen Anlass zum Zünder für politischen Protest machen kann. Menschen, die gekommen waren, um ein kostenloses Konzert zu hören, mit Knütteln auseinanderzutreiben, war der Gipfel der Unvernunft. Die Ereignisse einer westlichen „Provokation“ anzulasten, war völlig unmöglich: In der Menge waren keine westlichen Journalisten zu bemerken, und der Zwischenfall ereignete sich praktisch, ohne dass die Westberliner Presse darauf aufmerksam geworden wäre. Die Staatsgewalt brachte das Fass ohne jede Not zum Überlaufen. Nach dem Pfingstfest 1987 konnte ich beim besten Willen die Realität in der DDR nicht mehr als normal begreifen.

Die Forderungen der Menschen Unter den Linden, die die tief verwurzelte Stimmung in der Gesellschaft widerspiegeln, waren ziemlich radikal, aber noch nicht revolutionär. Ohne jeden Zweifel war eine sofortige und durchgreifende Liberalisierung des deutsch-deutschen Grenzverkehrs notwendig – in Zeiten der Entspannung konnte man kaum ernsthaft damit rechnen, Abläufe, die vom Kalten Krieg diktiert worden waren, auf lange Sicht beibehalten zu können. Die aufdringliche Bevormundung durch den SED-Apparat in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens musste demonstrativ abgeschwächt werden, das heißt, die Partei musste wenigstens nach sozialistischem Verständnis demokratisiert werden – dafür wäre es ausreichend gewesen, das in der DDR formal weiter bestehende Mehrparteiensystem wiederzubeleben. Es drängte sich förmlich auf, die unermesslichen Kompetenzen des Sicherheitsdienstes zu beschränken, die in der DDR alle vernünftigen Grenzen überstiegen. Es wäre vorteilhafter gewesen, einen Teil aufzugeben, als zu warten, bis das ganze Gebäude zusammenbrechen würde. Gleichzeitig war es völlig klar, dass ein erster Schritt in Richtung Modernisierung des gesellschaftlichen Lebens der Republik unweigerlich die nationale Frage der Deutschen, von der die SED selbstherrlich erklärt hatte, sie sei ein für alle Mal im Sinne der Koexistenz zweier deutscher Staaten gelöst, wieder in das politische Blickfeld rücken würde.

III. Das nationale Selbstbewusstsein der Deutschen

In dem vor Kurzem veröffentlichten, außerordentlich bezeichnenden Gespräch der sowjetischen Spitze mit der SED-Führung vom 31. Januar 1947 findet sich die von Stalin geäußerte Ansicht, dass, wenn Deutschland zerstückelt werde (er nannte die Zerstückelung „Föderalismus“), dies „später zu Revanche und Krieg führen, und die Losung von der Einheit Deutschlands aus unseren Händen in die Hände der Bourgeoisie übergehen“ werde.

„Das ist nicht gut für uns“, fuhr er fort, „diese Losung dürfen wir uns nicht aus der Hand nehmen lassen.“² In der gesamten Nachkriegszeit ging die sowjetische Deutschlandpolitik davon aus, dass die Losung von der deutschen Einheit im sowjetischen Arsenal verbleiben müsse. Daher auch das ständige Beharren Moskaus auf der Notwendigkeit, ein einheitliches Deutschland wiederherzustellen. Der Standpunkt Stalins änderte sich auch nicht, als 1949 die BRD und danach die DDR auf der politischen Karte Europas auftauchten, was die bekannte sowjetische Note an die drei Westmächte vom 10. März 1952 deutlich zeigt, in der erneut die Einheit Deutschlands unter der Bedingung, dass es sich keinem Militärbündnis anschliesse, angeboten wurde. Die UdSSR ließ sich sogar auf die westliche Forderung nach freien Wahlen in ganz Deutschland ein. Nach Stalins Tod und besonders nach den Ereignissen des 17. Juni 1953, die die Verletzlichkeit des DDR-Regimes deutlich gemacht hatten, beschloss die SED mit der vollen Unterstützung der KPdSU, es sei besser, die gesamte Macht in einem Teil Deutschlands zu erhalten, als einen Machtverlust in einem geeinten Deutschland zu riskieren. Es wurde sogar der Text der Nationalhymne abgeschafft, in dem von „Deutschland, einig Vaterland“ die Rede war.

Die Kurzsichtigkeit dieser Position war mit bloßem Auge erkennbar. Eine Nation lässt sich nicht per Beschluss des Politbüros oder eines Parteitags auflösen. Natürlich waren das Thema der Nation und die damit zusammenhängenden Probleme in Deutschland außerordentlich stark durch die Verbrechen des Nationalsozialismus belastet und versanken auf lange Zeit sozusagen in einem lethargischen Schlaf. Aber dieser Schlaf konnte nicht ewig dauern – seit dem Ende des Krieges war fast ein halbes Jahrhundert vergangen. Bei all meiner Disziplin erachtete ich es doch als meine Pflicht, die der Macht nahestehenden DDR-Leute wenigstens andeutungsweise vor der Gefahr einer Unterschätzung der nationalen Problematik zu warnen. Das Thema kam ständig in meinen inoffiziellen Diskussionen mit Mitarbeitern der Auslandsabteilung des ZK der SED zur Sprache, wobei meine Gesprächspartner immer wieder auf den Präzedenzfall der Note von 1952 als Beweis dafür hinwiesen, dass Moskau die DDR und die Menschen, die ihr Schicksal mit ihr verbunden hatten, eines schönen Augenblicks im Stich lassen könnte. Die Unsicherheit der Partei- und Staatsfunktionäre der DDR in Bezug auf die Zuverlässigkeit der sowjetischen Unterstützung war übrigens einer der Faktoren, die die notwendige Modernisierung des Regimes bremsen.

Während der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands am 24. Mai 1988 versuchte ich, deren Vorsitzenden Professor Heinrich Homann in einem persönlichen, privaten Gespräch darauf hinzuweisen, wie wichtig es für die DDR wäre, sich rechtzeitig im Lichte der Interessen der Republik mit dem nationalen Thema zu beschäftigen. Mit der Überwindung der Konfrontation in Europa, so sagte ich ihm, stelle sich die Frage nach der Notwendigkeit der Existenz der DDR neu, denn die frühere Begründung der deutschen Zweistaatlichkeit – die sozialistische DDR, Bollwerk des Friedens, als Gegengewicht zur BRD innerhalb der NATO, einem Quell der Kriegsgefahr – verliere ihre Gültigkeit. Für eine Partei, die das Wort „national“ in ihrem Namen trage, sei es doch durchaus angebracht, sich diesem Problem zuzuwenden. Homann tat, als verstehe er nicht, was ich meinte – so fern lag ihm der

² СССР i germanskij vopros 1941–1949, Bd.3: 6 oktjabrja 1946 g. – 15 ijunja 1948 g., Moskva 2003, S. 260.

Gedanke, jemand oder etwas könnte die Unerschütterlichkeit der DDR in Frage stellen. Die DDR-Spitzen hatten den Kontakt zur Realität offensichtlich verloren.

Jedenfalls wurden die Pfingstereignisse von 1987 nicht zum Anlass für den sofortigen Beginn einer Perestroika nach DDR-Manier genommen. Es war keinerlei Bewegung in die richtige Richtung festzustellen. Nach der alten Armeeregel „Pfeif drauf und vergiss es“ versuchten die DDR-Behörden und Moskau, das Unter den Linden geschehene Malheur möglichst schnell vergessen zu machen. Und das gelang ihnen hervorragend. Die Leipziger Montagsdemonstrationen zwei Jahre später wurden als etwas völlig Neues wahrgenommen. Tatsächlich aber hatte die Warn Glocke bereits 1987 geläutet, noch dazu in der Hauptstadt, unter den Augen der Behörden; man hatte es einfach geschickt verstanden, sie zu ignorieren.

Die besonderen Gefahren der Situation in der DDR haben nie im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Menschen in Moskau gestanden, die die Verantwortung für die zweitstärkste Supermacht der Gegenwart trugen. Dort ist die Tatsache, dass die Fortexistenz der Republik auf dem Spiel stand, nie wirklich erkannt worden. Während eine eventuelle Abmilderung des Regimes oder gar ein Wechsel der Gesellschaftsordnung Polen oder Rumänien nicht in ihrer Existenz als Staaten bedrohten, betrachtete man in der DDR bis zum letzten Moment die Konfrontation zwischen dem Kapitalismus in Westdeutschland und dem Sozialismus in Ostdeutschland als Grundlage für die Existenz der Republik. Ein derartiger Ansatz machte sie außerordentlich verwundbar, sowohl hinsichtlich der Stimmung der Massen als auch in der Frage der Stabilität der politischen Elite, die miterlebte, wie Moskau und das gesamte sozialistische Lager sich von der Konfrontation als Existenzform der Nachkriegswelt und Methode zur Lösung ihrer Konflikte verabschiedeten.

Die Weigerung der Führer der sowjetischen Perestroika, der Realität in der DDR ins Gesicht zu sehen, wurde von realen Bedrohungen für die sowjetischen Interessen in Europa und in der Welt begleitet. Ohne Übertreibung kann man sagen, dass die DDR der Eckstein des Bündnissystems auf dem europäischen Kontinent war, das die UdSSR mit einem ungeheuren Aufwand an Material und Menschen aufgebaut hatte. Die Anwesenheit von fast einer halben Million Angehörigen der Stoßtruppe WGT auf dem Hoheitsgebiet der Republik rechtfertigte die Stationierung unserer Soldaten in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, wo sie die Kommunikationslinien zwischen der WGT und dem Hoheitsgebiet der UdSSR sichern sollten. Ein Herausfallen der DDR aus dem sowjetischen Verteidigungssystem Richtung Westen hätte offensichtlich die Auflösung des gesamten Systems bedeutet, denn der zentrale Abschnitt der Trennlinie zwischen dem Osten und dem Westen des Kontinents wäre in diesem Fall entblößt worden. Niemandem in der UdSSR kam es in den Sinn, dass ein sowjetischer „Verzicht“ auf die DDR ohne Krieg und militärische Niederlage der Sowjetunion möglich sein könnte.

Selbst wenn man annimmt, dass bereits 1989 die Bedingungen für die Auflösung der Militärböcke in Europa und die Verschmelzung aller europäischen Nationen zu einer einzigen glücklichen kontinentalen Familie, in der es keine Furcht um die eigene Sicherheit gibt und jeder nur darüber nachdenkt, wie man sich gegenseitig helfen kann, gegeben waren, bestand doch das vitale Interesse der UdSSR darin, bei dem beginnenden Aufbau dessen, was bereits Leonid Brežnev das „gemeinsame europäische Haus“ genannt hatte, die Gegenseitigkeit sicherzustellen. Das heißt, insbesondere sicherzustellen, dass der schrittweisen Abrüstung des Ostens eine entsprechende Abrüstung des Westens ge-

genüberstand, dass die Schwächung des einen Blocks nicht zur Stärkung des gegnerischen Blocks führte, dass die „Öffnung“ des Ostens nicht von einer „Schließung“ des Westens begleitet wurde usw. Dafür brauchte die sowjetische Politik einen gewissen Vorrat an Stabilität, zuverlässige Verbündete, Manövriermöglichkeiten, Ersatzpositionen. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe hatte die DDR eine strategische Bedeutung für die UdSSR. Um so mehr, als die Solidarität der Republik auf internationaler Ebene nicht zu beanstanden war. Unsere Kollegen aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR unterstützten die Initiativen Moskaus, die sie als eine gemeinsame Sache des gesamten sozialistischen Lagers betrachteten, diszipliniert und engagiert. Eine Ausnahme stellte der Kurs Ševardnadzes dar, der dem Westen im Rahmen des „dritten Korbs“ der KSZE einseitige Zugeständnisse machen wollte. Die DDR stimmte nicht dagegen, um die Moskauer Politik nicht zu konterkarieren, kündigte jedoch „vertraulich“ an, die Beschlüsse würden lediglich „im Rahmen des Vernünftigen“ ausgeführt werden. Es ist zweifelhaft, ob eine solche Handlungsweise der inneren Stabilität der Republik förderlich war, aber das ist schon eine andere Frage.

Daneben erfüllte die kleine DDR die Funktion des wichtigsten Wirtschaftspartners der Sowjetunion. Auf sie entfielen 10–15 % des sowjetischen Außenhandels, wobei wir aus der DDR häufig diejenigen Hightech-Produkte erhielten, deren Lieferung uns der Westen verweigerte.

IV. Es ging nicht nur um das Schicksal der DDR

Es sieht allerdings so aus, als habe trotzdem niemand in der obersten sowjetischen Führung den Gedanken von der Schlüsselstellung der DDR für die Positionen der UdSSR in Europa und in der Welt zu Ende denken wollen. Von der völligen Gleichgültigkeit Moskaus gegenüber den unterirdischen Erschütterungen in der DDR zur Verzweiflung gebracht, versuchte ich, bei passender Gelegenheit meinen westeuropäischen Kollegen die Augen für den Ernst der Lage zu öffnen, denn nicht nur die UdSSR war an der Stabilität in der Mitte des Kontinents interessiert. Bereits am 10. September 1987 machte ich, als Botschaftsrat Philippe Bossière von der französischen Botschaft in der DDR in einem Gespräch über die Ergebnisse des kurz zuvor zu Ende gegangenen Besuchs von Honecker in Bonn begann, Befürchtungen zu äußern, ob der Chef der DDR nicht allzu große Zugeständnisse gegenüber der BRD gemacht und so die Souveränität der Republik gefährdet habe, diesen darauf aufmerksam, dass die Selbstständigkeit des ostdeutschen Staats nicht allein von Moskau, sondern auch von der Intensität der Unterstützung Frankreichs und der anderen westeuropäischen Länder für den Staat abhängt. Um der völligen Klarheit willen sagte ich direkt: „Die DDR muss gerettet werden“ („*Il faut sauver la RDA*“ – das Gespräch fand auf Französisch statt). Ich wurde nicht müde, dasselbe auch gegenüber den Gesandten der drei Mächte in Westberlin zu wiederholen, mit denen ich engen dienstlichen Kontakt hatte. Leider hatte Westeuropa kein Gespür für die Situation – oder verließ sich zu sehr auf die UdSSR. Der erste Staatsbesuch eines französischen Präsidenten in der DDR, der von symbolischer Bedeutung hätte sein können, fand erst im Dezember 1989 statt. Im selben Monat kam es zu einem Treffen zwischen dem US-Außenminister James Baker und Hans Modrow in Potsdam. Aber da war es bereits zu spät.

Im Honecker-Clan galt ich wegen meines eindeutigen Bekenntnisses zu den Gedanken der sowjetischen Perestroika und meiner Überzeugung, dass ein Wandel in der DDR notwendig sei, eher als jemand, der der DDR nicht wohlgesonnen war. Schon beim ersten Kennenlernen (das 1987 bei einem Empfang anlässlich des Jahrestages der Oktoberrevolution in der Botschaft stattfand – die Politbüromitglieder kamen traditionsgemäß mit ihren Ehefrauen zu diesen Empfängen) stellte mir Margot Honecker, die im innenpolitischen Kampf des Landes eine wichtige Rolle spielte, ganz direkt die für mich damals verblüffende Frage, ob ich ein Freund der DDR sei. Anscheinend hieß für sie, „ein Freund der DDR“ zu sein lediglich, „ein Freund der Familie Honecker“ zu sein. Unter dessen verhehlte ich nicht meine persönliche Einschätzung, dass die DDR für die UdSSR von existentieller Bedeutung sei. Sie war jedenfalls beim Austausch von Reden während eines Freundschaftsessens mit den Delegierten der Berichtskonferenz der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft des Bezirks Leipzig am 9. April 1988 klar erkennbar. Als Jochen Pommert, Sekretär der SED-Bezirksleitung, durchaus traditionskonform in seiner Ansprache erklärte: „Die DDR könnte nicht ohne die UdSSR existieren“, betonte ich in aller Aufrichtigkeit in meiner Antwortrede: „Das trifft auch umgekehrt zu – die UdSSR könnte nicht ohne die DDR existieren.“ Vielleicht betrachteten die Teilnehmer des Essens meine Erklärung als Tribut an die Höflichkeit, aber es lag ihr die eiserne Logik des Kräfteverhältnisses in Europa zugrunde, die einige Jahre später durch die reale historische Entwicklung bestätigt wurde.

Ich war entschieden anderer Meinung als diejenigen unter unseren Politikern und Politologen der Perestroika-Zeit, die die Öffentlichkeit mit schlecht überlegten Erklärungen schockierten, um einer echten Entspannung auf dem Kontinent und des Baus des „gemeinsamen europäischen Hauses“ willen müsse und solle auf die DDR „verzichtet“ werden. Das in Berlin ankommende Echo dieser Diskussionen machte die führenden Schichten der DDR furchtbar nervös und stärkte so ihr Misstrauen gegenüber der Perestroika und der sich im Umbau befindlichen UdSSR noch mehr, als diese es verdienten. Gorbatschow scheint sich nur einen kurzen Augenblick lang bewusst gemacht zu haben, welchen Schaden ein Zusammenbruch der DDR der UdSSR zufügen würde. Als der Generalsekretär des ZK der KPdSU am 7. Oktober 1989 aus Berlin abreiste, wo er an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR teilgenommen hatte, sagte er zu Kočemasov, der ihn verabschiedete: „Das sowjetische Volk wird es uns nicht verzeihen, wenn wir die DDR verlieren.“ Allerdings löste er bereits im Februar des folgenden Jahres eigenhändig einen Prozess aus, dessen Ergebnis nur der schnellstmögliche Beitritt der DDR zur Bundesrepublik sein konnte. Wobei dieser Prozess zu einem Zeitpunkt ausgelöst wurde, als die politischen Kräfte in der DDR, die buchstäblich in das gesellschaftliche Leben der Republik eingebrochen waren, für sich selbst die Frage, ob und in welchem zeitlichen Rahmen der zweite deutsche Staat weiterbestehen sollte, noch nicht beantwortet hatten.

Zwischen einer Rettung der DDR um jeden Preis (einer Aufgabe, die nach dem Fall der Berliner Mauer und der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze im November 1989 der Quadratur des Kreises zu ähneln begann) und der Überreichung der DDR an die BRD in einer Geschenkverpackung (genau das tat Gorbatschow ja letzten Endes) lag eine Unmenge von Varianten, von denen die meisten als mehr oder weniger den nationalen Interessen der UdSSR entsprechend gelten konnten, die nicht an jähren und vor allem hastigen

Veränderungen der in Europa entstandenen Situation interessiert war. Bereits vor Beginn der akuten Phase der Krise in der DDR hatte Moskau aus Berlin Signale in diesem Sinne erhalten. In einem Gespräch mit dem Leiter der Presseabteilung des Außenministeriums der UdSSR, Gennadij Gerasimov, am 12. August 1988, bat Herbert Krolikowski, der Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, diesen ganz direkt darum, in der sowjetischen Führung zu klären, ob die Sowjetunion die DDR noch brauche. Unter Hinweis auf Veröffentlichungen in der sowjetischen Presse mit Appellen, das „deutsche Problem“ auf Kosten der DDR zu lösen, erklärte er:

„Wir bitten nur um eines – uns klar zu sagen, wie Ihre Absichten im Hinblick auf uns aussehen. Heute gibt es ein sozialistisches Deutschland. Die Frage ist, soll es erhalten werden, wie zum Beispiel Österreich, oder soll auf den Zeitpunkt gewartet werden, an dem man sich die DDR vom Halse schaffen kann. Es ist unser Staat, wir haben ihn aufgebaut, und wir lieben ihn. Unser westlicher Partner ist nicht der dümmste und nicht der schwächste. Man darf es ihm nicht leichter machen, sein Ziel, das nicht in einer Stärkung der DDR besteht, zu erreichen. Aber wenn Sie uns sagen, dass Sie uns nicht mehr brauchen, dass Sie den Frieden in Europa auch ohne uns sichern können, werden wir uns bemühen, einen Ausweg aus der neuen Situation zu finden. Wir werden die frühere Konzeption einer Konföderation in Deutschland wiederbeleben, mit Bonn entsprechende Verhandlungen aufnehmen und uns um möglichst gute Bedingungen für die hier lebenden Menschen bemühen. Sagen Sie uns offen, wie Ihr Ziel aussieht, und wir werden dementsprechend agieren. Wir dramatisieren nichts, wir haben nicht die Absicht, ein großes Klagegeheul anzustimmen. Aber es müssen Maßnahmen ergriffen werden, man muss an die nächste und die darauffolgenden Etappen denken.“³

Die Anfrage Krolikowskis wurde nach Moskau weitergeleitet. Es erfolgte keinerlei Reaktion. Das Problem war, dass selbst die Urheber der Perestroika keine Klarheit über ihre Ziele hatten. Und dazu, eine ebensolche Perestroika in der DDR zu beginnen, ohne zu wissen, wohin sie führen sollte, und ohne die Gewissheit zu haben, dass der Hauptverbündete einen bis zum Ende unterstützt, dazu konnte sich die DDR-Führung nicht entschließen.

Die Wirtschaftsfachleute aus der DDR und bei uns behaupteten, es gebe eine ziemlich einfache Möglichkeit, die Situation in der DDR zu stabilisieren, indem man die finanzielle Abhängigkeit von der BRD überwinde (die DDR hatte eine Menge Schulden gemacht, die sie nicht in der Lage war, zurückzuzahlen) und für die Zukunft eine auskömmliche Existenz für die Republik sicherstelle. Allerdings bedeutete dies eine zusätzliche bedeutende Belastung für den Haushalt der UdSSR, der auch so schon in allen Fugen knirschte. Das Rezept bestand darin, die Lieferungen sowjetischen Rohöls an die DDR auszuweiten. Die DDR bezog das Erdöl aus der UdSSR zu den Schleuderpreisen innerhalb des RGW und verarbeitete es dann zu Benzin mit hoher Oktanzahl, das sie zum Teil zu den hohen westeuropäischen Preisen an die BRD verkaufte. Die beachtliche Differenz landete im Staatssäckel der Republik. Die Erhöhung des Anteils des an die BRD verkauften Benzins hätte die Republik von ihren wirtschaftlichen Sorgen befreien können, ohne dass die andernfalls erforderliche Revision ihrer Sozialpolitik, die wahrscheinlich der wichtigste Vorzug der DDR im Wettstreit mit der BRD war, nötig wurde (offenbar war Honecker, der zu Recht als Wegbereiter dieser Politik galt, nicht umsonst so stolz auf sie, denn gerade die in der DDR verwirklichte soziale Gerechtigkeit ist es, woran

³ Vgl. *I. F. Maksimýčev*, „Narod nam ne prostit...“ *Poslednie mesjacy GDR. Dnevnik sovetnikaposlannika posol'stva SSSR v Berline, Moskva* 2002, S. 13.

sich deren frühere Bürger heute mit Wehmut erinnern). Die Erdölraffinerie in Schwedt, die die DDR speziell für diese Zwecke errichtet hatte, hätte wesentlich größere Mengen sowjetischen Erdöls verarbeiten können als in den achtziger Jahren geliefert wurden, die UdSSR lehnte dies jedoch ab.

Neben den rein objektiven Gründen, die die miserable Lage der sowjetischen Wirtschaft widerspiegeln, gab es für diese Ablehnung auch psychologische Gründe – der Lebensstandard der DDR-Bürger war um ein Vielfaches höher als der in den anderen sozialistischen Ländern, ganz zu schweigen von der UdSSR. Diesen Abstand noch zu vergrößern, selbst im Namen recht verstandener strategischer Ziele, wäre sogar für die an alles gewöhnte Bevölkerung der UdSSR zuviel gewesen. Man sollte sich übrigens neben den nützlichen Überlegungen zu den Besonderheiten des „Sowjetreichs“, das es fertig brachte, in den Bündnisstaaten und selbst in den nationalen Randgebieten des eigenen Landes auf Kosten der Verarmung der zentralen, ursprünglichen Gebiete des „Reichs“ einen höheren Lebensstandard zu sichern, auch Gedanken darüber machen, warum die Bevölkerung der DDR sich erst über die Vorzüge des Schutzes ihrer sozialen Rechte klar wurde, als diese infolge des Beitritts zur BRD geschmälert wurden.

Ich muss zugeben, dass ich sogar nach dem Ausbruch der Krise noch Illusionen im Hinblick auf die Stabilität der Republik hegte. Ich war sicher, dass das enorme konstruktive Potential, das bei der Gründung der DDR durch die Vertreter der positiven Tradition der deutschen Geschichte eingebracht worden war, bei Weitem noch nicht erschöpft war. Wenn der Sozialismus – der echte Sozialismus, nicht seine „realsozialistische“ Erscheinungsform – wirklich aufgebaut werden kann, so dachte ich (und nicht nur ich), so geschieht dies vor allem in der DDR mit ihrer mustergültig disziplinierten, in allem und jedem gewissenhaften Bevölkerung, mit ihrem überschaubaren und dadurch leichter kontrollierbaren Hoheitsgebiet, mit wesentlich stärkeren demokratischen Traditionen, als wir sie hatten, mit unserer Unterstützung und zugleich mit der beachtlichen Hilfe der BRD. Wenngleich ich wusste, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung der Republik davon träumte, in die reiche BRD überzusiedeln (andernfalls hätte es keiner Berliner Mauer und keiner Schüsse an der deutsch-deutschen Grenze bedurft), vertraute ich doch den Einschätzungen der Führung der Republik, nach denen wesentlich mehr als die Hälfte ihrer Bürger die eigenständige Existenz der DDR unterstützte und DDR-patriotische Gefühle empfand.

Allerdings war es dabei völlig klar, dass die Zukunft der DDR in entscheidendem Maße davon abhing, ob und wie schnell sie sich an die sich rasch verändernde Welt um sie herum würde anpassen können. In der Situation, in der sich die DDR befand, konnte sie sich nicht den Luxus leisten, die Notwendigkeit einer sofortigen Modernisierung ihrer inneren Ordnung sowie die Unausweichlichkeit einer eiligen Anpassung an die zwischenstaatlichen Beziehungen neuen Typs, wie sie sich in Europa nach Helsinki entwickelten, zu ignorieren. Mit anderen Worten, die DDR konnte sich keine Differenzen mit Moskau und Bonn zugleich leisten. Ich zählte darauf, dass es in der DDR, in der SED Kräfte gab, die eine Antwort auf die Herausforderungen der Zeit finden würden, die den Interessen der Bevölkerung der Republik sowie der UdSSR als deren Schutzherrin und Beschützerin gerecht würde und zugleich dem Bedürfnis der Völker des gesamten europäischen Kontinents nach Frieden und Stabilität nicht widerspräche. Diese Antwort würde sich

auf die eine oder andere Weise in den Rahmen der Lösung des nationalen Problems der Deutschen einfügen müssen.

V. Wenn das Fest von Dilettanten ausgerichtet wird

Entgegen der verbreiteten Meinung konnten die Informationen aus der Botschaft (und aus Berlin überhaupt) nichts an der Deutschlandpolitik der sowjetischen Führung ändern. Jeder besorgte Unterton in den Meldungen nach Moskau verursachte dort bestenfalls ein skeptisches Lächeln oder einfach nur Verärgerung und Vorwürfe, es werde „Panik gemacht“. An der Spitze der Macht, im ZK der KPdSU (und dort wurde ja alles entschieden, nicht im Außenministerium, das Ševardnadze in einen unablässigen Reigen des Stühlerückens und großteils unnötiger innerer Reformen verwickelt hatte), wusste man ohnehin besser als alle anderen, was wichtig war und was zweitrangig. Die wichtigste Anforderung an die Informationen über die Situation in der DDR lautete: „Nichts dramatisieren!“ Die Versuche, dem Zentrum den Ernst der Lage in der DDR vor Augen zu führen, die die Mitarbeiter der Botschaft von Zeit zu Zeit unternahmen, kamen nicht einmal über die erste Barriere in Gestalt des Botschafters hinaus, der hierzu präzise Weisungen aus dem ZK der KPdSU erhielt. Wir hörten ständig aus dem Munde Kočemasovs: „Keine Panikmache! Michail Sergeevič hat auch so schon Sorgen genug.“ Wenn man ihn dann sehr bedrängte, rief er Gorbachevs persönliche Referenten und Berater an und fragte, ob man die eine oder andere Information als Telegramm schicken solle (ganz oben werden nur die Telegramme aus den Botschaften zur Kenntnis genommen, und auch die nicht einmal alle). Das war entscheidend, denn Vermerke, Notizen, Ausarbeitungen, Berichte und politische Schreiben der Auslandsvertretungen lagerten sich in den Abteilungen des Außenministeriums der UdSSR ab, nicht nur, ohne beim Minister zu landen, sondern auch, ohne den Weg zu den stellvertretenden Ministern, häufig nicht einmal zu den Abteilungsleitern zu finden. Formal gab es einen kräftigen Informationsfluss aus Berlin, der Mitteilungen zu allen kritischen Momenten, die später zum Kollaps der Republik führten, enthielt. Nur änderten diese Informationen nichts und konnten auch nichts ändern.

Als ich im Juni 1989 wieder einmal in Moskau auf Urlaub war, wurde ich zur Belehrung ausführlich über eine kürzliche Rede Ševardnadzes vor dem Kollegium des Ministeriums informiert, in der er die Arbeit der Botschaften in den sozialistischen Ländern und der Unterabteilungen des Zentralapparats, die für diese zuständig waren, kritisiert hatte. Wie mir berichtet wurde, hatte sich der Minister äußerst resolut gezeigt. Seine Einschätzung war, die Situation in den sozialistischen Ländern sei noch nie so kompliziert gewesen wie aktuell. Unsere Arbeit mit diesen Ländern werde weiterhin auf primitivem Niveau durchgeführt – wenig neue Ideen, wenig Vorschläge hinsichtlich unserer weiteren Schritte in diesem Bereich. In Weiterentwicklung der Thesen des Ministers sprach sein für die sozialistischen Länder zuständiger Stellvertreter Ivan Aboimov von der Sorge, die die Situation in der sozialistischen Staatengemeinschaft, vor allem in Polen und Ungarn, bei der Führung hervorrufe. Er betonte besonders, dass in einer solchen Situation die Initiativlosigkeit der Botschaften nicht weiter geduldet werden könne, die nicht an langfristigen Entwicklungskonzepten für die Beziehungen mit den jeweiligen Ländern arbei-

teten und keine großen Dokumente vorbereiteten, die die Grundlage für Aktionen auf Regierungsebene bilden könnten.

Bei mir (und nicht nur bei mir) verfestigte sich der Eindruck, dass die oberste Führung im entscheidenden Augenblick, da die Perestroika endlich begann, zu Ergebnissen im Sinne einer grundlegenden Erneuerung der Realitäten innerhalb und außerhalb des Landes zu führen, die Orientierung völlig verloren hatte und in eine Sackgasse geraten war. Im Angesicht der extrem komplizierten Situation, die in dem für die UdSSR lebenswichtigen westlichen Vorfeld entstanden war, verlangte die Führung von den Botschaften, das heißt von den ausführenden Stellen, Tipps, was in dieser Situation, die sich infolge der von dieser Führung selbst ohne jede vorherige Beratung mit den Botschaften unternommenen Aktionen verschärfte, getan werden konnte und sollte. Die offizielle These von der Vorrangigkeit der Beziehungen der UdSSR zu den sozialistischen Ländern hing einfach in der Luft, ohne dass sie durch Aktionen oder auch nur durch betonte Aufmerksamkeit von Seiten der Führer der Perestroika untermauert worden wäre.

Jegliche nicht durch die innerparteilichen Ränke in Anspruch genommene Zeit widmeten Gorbatschow oder Šewardnadze den Beziehungen zu den USA, und zwar nach einem in Washington erstellten Programm. Die sowjetischen Führer rechtfertigten sich ständig wegen früherer antiamerikanischer Fehlritte der UdSSR und machten einseitige Zugeständnisse, um ihre Umerziehung und Friedensliebe unter Beweis zu stellen. Aber immerhin gab es in diesem Bereich Fortschritte. Im Hinblick auf die sozialistische Staatengemeinschaft beschränkte sich alles auf Wehklagen auf höchster Ebene in dem Sinne, wie schön es wäre, wenn sich alle gegenseitig lieben würden, wenn in den sozialistischen Ländern nicht die Grundlagen der Staatsordnung erschüttert würden, wenn deren Bevölkerung nicht nach Westen schielen würde, wenn nicht die monolithische Einheit des sozialistischen Lagers von Tag zu Tag immer mehr ausgehöhlt würde... In den Wirren der Perestroika entband niemand die politische Führung des Landes von ihren Pflichten, neue politische Horizonte aufzuzeigen, die realen Prioritäten zu beschreiben und die obersten nationalen Interessen, entsprechend den geänderten Bedingungen in einer Situation der sich auf unsere eigene Initiative hin vollziehenden Umwälzung des gesamten Systems der internationalen Beziehungen, neu zu definieren. Auch die Aufgaben des Exekutivapparats waren unverändert: Er war verpflichtet, die Anweisungen der obersten Führung so effektiv wie möglich umzusetzen, rechtzeitig die auftauchenden Probleme zu signalisieren und Empfehlungen zu deren Lösung zu erarbeiten. Wenn allerdings die Absichten der politischen Führung unklar, die Prioritäten die falschen und die Signale ungehört blieben, so war nichts Gutes zu erwarten. Die Führer der Perestroika, die Anspruch auf den Titel „Geschichtsmacher“ erhoben, entpuppten sich als Zauberlehrlinge, die einen Sturm entfesselt hatten, dessen sie dann aber nicht mehr Herr zu werden vermochten.

Eines der zahlreichen Paradoxa der Situation im Juli 1989 bestand darin, dass man der Ansicht war, die Lage in der DDR sei günstiger als in vielen anderen sozialistischen Ländern. Der Exodus der Bevölkerung aus der Republik hatte freilich bereits begonnen: Am 2. Mai hatten die ungarischen Grenzschrützer mit dem Abbau der Absperrungen an der Grenze zu Österreich begonnen, wodurch die Bedingungen für den illegalen Grenzübertritt von DDR-Bürgern, die in Ungarn, für das sie kein Visum benötigten, Urlaub machten, geschaffen wurden. Am 20. Juni hatten die ersten Flüchtlinge aus der DDR in der Botschaft der BRD in Budapest politisches Asyl erhalten. Allerdings hatte das Phäno-

men noch nicht das katastrophale, massenhafte Ausmaß erreicht, wie es nach der völligen Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze im September der Fall war. Die Botschaft unterrichtete die Zentrale natürlich über die neuen, besorgniserregenden Entwicklungen, war allerdings bemüht, dies nach dem bewährten Rezept „Nichts dramatisieren!“ zu tun. Zu diesem Zeitpunkt hatte übrigens weder in der DDR noch außerhalb irgendjemand erkannt, dass die Krise, die die Republik verschlingen sollte, bereits ins Rollen gekommen war.

Mein Urlaubstrost bestand darin, dass es keinen direkten Tadel für die Botschaft in Berlin gegeben hatte. Schließlich hatten wir ja „Initiativvorschläge“ gemacht – insbesondere war angeregt worden, es sei an der Zeit, auf die für Beziehungen zwischen befreundeten Staaten inakzeptablen Aktionen der Behörden der DDR zu reagieren, die zum Beispiel als Strafe für einen Artikel über die Stalin'schen Säuberungen, der in dem in der Republik beliebten deutschsprachigen Digest der sowjetischen Presse „Sputnik“ erschienen war, dessen Auslieferung an die Abonnenten untersagt hatten (was auf persönliche Anweisung Honeckers geschah) oder einen Großteil der Exemplare der Zeitschrift „Novoe Vremja“ wegen der darin enthaltenen, perestrojka-typischen Enthüllungsartikel beschlagnahmt hatten. Eine Antwort auf unsere Vorschläge gab es nicht. Mündlich wurde uns mitgeteilt, dass die Verwirklichung dieser Vorschläge nur zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR führen würde, was dem Wunsch der Führung der UdSSR, die Interna der sozialistischen Länder nicht anzurühren, im Grundsatz widerspräche. Wahrscheinlich war es nicht einmal schlecht, dass die von der Botschaft vorgeschlagenen Demarchen nicht unternommen wurden, denn irgendwelche Proteste unsererseits, selbst inoffizielle, hätten die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR, die ohnehin in einer Reihe von Punkten weit vom Ideal entfernt waren, noch weiter aufgeheizt. Allerdings rief das Schweigen der sowjetischen offiziellen Stellen angesichts der allseits bekannten Aktionen, die von weiten Teilen der Bevölkerung der DDR als provokativ illoyal gegenüber der UdSSR betrachtet wurden, den Eindruck hervor, als sei Moskau alles, was in der DDR vorging, gleichgültig und als sei es mit jedem Ausgang des politischen Kampfes, der in der Republik offen entbrannt war, sich einstweilen aber mehr unter der Oberfläche abspielte, einverstanden.

Vor dem Hintergrund der in der BRD andauernden Diskussionen darüber, inwieweit die DDR souverän war, sei besonders darauf hingewiesen, dass die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft, zumindest in der Zeit der sowjetischen Perestrojka, so souverän waren, wie dies in unserer interdependenten Welt überhaupt möglich ist. In der UdSSR hatte sich die informelle, aber höchst effektive „Doktrin der Nichteinmischung“ in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staatengemeinschaft entwickelt. Gemeint war der Verzicht nicht nur auf Einflussnahme oder Druckausübung auf die Verbündeten, sondern sogar darauf, seine Meinung zum einen oder anderen Thema zu äußern, selbst wenn das Thema die Interessen aller anderen oder zumindest eines Teils der anderen Mitglieder der Gemeinschaft betraf, was ganz klar bedeutete, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Diese Doktrin wurde folgendermaßen begründet: (1) Jede regierende Schwesterpartei trägt die volle Verantwortung für die Geschicke ihres Landes, und niemand darf ihr seine Ratschläge aufdrängen, sonst fangen die anderen am Ende noch an, auch die die Perestrojka durchführende UdSSR „zu beraten“, was nicht wünschenswert ist; (2) jede Empfehlung der UdSSR (KPdSU) würde dazu führen, dass wir

die Verantwortung für das Ergebnis der Umsetzung dieser Empfehlung übernehmen, wobei es aber im Falle eines Scheiterns keine Möglichkeit der sowjetischen Hilfeleistung mehr gibt; (3) der Erfolg der Perestroika in der UdSSR verlangt vor allem Ruhe in der sozialistischen Staatengemeinschaft, und solange die aktuellen Führer dieses oder jenes Bruderlandes die Stabilität bei sich gewährleisten, sollte man sie nicht mit Einflüsterungen wie „Das Bessere ist des Guten Feind“ stören. All das klang scheinbar sogar logisch, führte aber im entscheidenden Zeitraum des Heranreifens der Krise, als man noch etwas hätte unternehmen können, um sie abzuwenden oder zumindest abzumildern, zur Tatenlosigkeit. Der Verzicht auf jede Art der Kritik am Polizeiregime des Nicolae Ceaușescu oder der Betonkopfkohorte des Erich Honecker verlängerte die ihnen von der Geschichte bewilligte Frist nicht um eine Minute, brachte aber die Reformer, die sich darum bemühten, die Spannungen rechtzeitig zu entschärfen und die Dinge nicht bis zum Äußersten zu treiben, um Unterstützung. Auch trug er nicht gerade zu einem Sympathiezuwachs uns gegenüber bei der Bevölkerung der realsozialistischen Länder bei.

VI. Es gab noch Chancen

Die einzigartige Möglichkeit, sich anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Republik direkt an die Bürger der DDR zu wenden, nutzte Gorbatschow nicht optimal. In seiner Rede am 6. Oktober 1989 in Berlin zitierte er völlig unpassend das im Hinblick auf die politische Situation fragwürdige Gedicht Fedor Tjutčevs:

„Zur Einheit – wie der Große prophezeite – wird man mit Eisen nur und Blut getrieben. [...] Doch wir versuchen es mit Liebe – Wer Recht hat, wird die Zukunft dann entscheiden.“

Der Verweis auf die bekannte Formel Otto von Bismarcks, der Deutschland 1871 eben mit „Eisen und Blut“ vereint hatte, hinterließ einen seltsamen Eindruck. Als fordere Gorbatschow die Deutschen zu einer Wiederholung der Vereinigung ihrer Staaten auf, wenn auch dieses Mal ohne den Einsatz militärischer Mittel. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts standen allerdings die wirtschaftlichen und politischen Methoden der Einflussnahme den Zusammenstößen zwischen den Armeen früherer Zeiten in ihrer Effizienz in nichts nach. Wenn man der Abschlussbemerkung Gorbatschows, das sowjetische Volk würde seiner Führung den Verlust der DDR nicht verzeihen, Glauben schenkt, konnte auch ihm nicht an dieser Aussicht gelegen sein. War das Tjutčev-Zitat nur einer der üblichen Fauxpas in den Reden des obersten Anführers der Perestroika? Wer weiß? Das einzige, woran sich alle im Zusammenhang mit dem letzten Besuch Gorbatschows in der DDR erinnern, ist sein Ausspruch anlässlich eines außerplanmäßigen Gesprächs mit einer Journalistengruppe im Verlauf des 7. Oktober: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Diese wohl unstrittige Sentenz, die man als nicht sehr gelungene Paraphrase des treffenden volkstümlichen Diktums „Wer nicht kommt zur rechten Zeit, der muss seh'n, was übrig bleibt“ betrachten kann, wurde in der BRD als Richtlinie, als Anweisung zu blitzartigem Handeln begriffen. Und Bonn machte sich in der Tat daran, das Eisen zu schmieden, solange es heiß war. Da alles einen guten Verlauf nahm, erinnern sich die Deutschen auch heute noch voller Begeisterung an diesen Gorbatschow'schen Ausspruch.

Die gegen die Regierung gerichteten Demonstrationen in Berlin am Abend des 7. Oktober 1989, deren Anblick Gorbachev glücklich vermied, zeigten, dass die Krise begann, auf die Straße überzugreifen. Zur Ehre der Berliner Botschaft sei gesagt, dass ihre Mitarbeiter im Vorfeld einmütig vorhergesagt hatten, dass bei den Demonstranten bald nationale Losungen auftauchen würden, obwohl auf den Straßen immer noch der allgemeine demokratische Ruf „Wir sind das Volk!“ vorherrschte. Die Teilnehmer an der Sitzung in der Botschaft am 16. Oktober (noch vor dem Rücktritt Honeckers, der zwei Tage später erfolgte) bezeichneten die Aufgabe, „die DDR als eigenständigen Staat zu erhalten“, ganz offen als das Ziel, das die gegenwärtige Politik zu verfolgen habe. Sie betonten, dass die Wiedervereinigung durch die Abwanderung der Bevölkerung aus der DDR in die BRD bereits in vollem Gange sei, und dass man sich Gedanken darüber machen müsse, was das Ziel der UdSSR sei – ein neutrales geeintes Deutschland oder zwei neutrale deutsche Staaten. Ich denke, der Botschafter informierte die Berater Gorbachevs nach seiner Gewohnheit telefonisch. Andere Folgen hatte die praktisch einhellige Einschätzung der Situation durch die Experten der Botschaft nicht. In Moskau war man entschieden gegen jeden „Anschlag“ auf den unabhängigen Status der DDR.

Die Leute, die Honecker und seine Kampfgenossen ablösten, konnten nicht umhin, das ungestüme Anwachsen der Vereinigungseuphorie bei den Massen zu bemerken. Es war ihnen klar, dass die Situation um jeden Preis unter Kontrolle gebracht werden musste. Man stand vor der Alternative: Entweder würde die DDR eine gemeinsame Sprache mit der nationalen Bewegung finden können oder die nationale Bewegung würde mit der DDR Schluss machen. Der Fall der Mauer und die Liberalisierung des Grenzregimes zwischen DDR und BRD am 9. November 1989 öffneten die Schleusen für die ungezügeltsten gesamtdeutschen Phantasien. Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren enthielt die Regierungserklärung Hans Modrows vom 17. November ein mutiges Entwicklungsprogramm für die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Im Hinblick auf eine „qualifiziert gute Nachbarschaft“ und „kooperative Koexistenz“ wurde die Aufgabe gestellt, die existierende „Verantwortungsgemeinschaft“ von DDR und BRD zu einer „Vertragsgemeinschaft“ zu erweitern, die weit über die bisher geschlossenen deutsch-deutschen Abkommen hinausgehen sollte. Die „Vertragsgemeinschaft“ tauchte in der Erklärung Modrows im Grunde nur auf, weil man Moskau nicht mit dem Begriff der „Konföderation“ reizen wollte – auch so schon gab das ZK der KPdSU sofort klar zu verstehen, dass man mit der „Eigenmächtigkeit“ Modrows bezüglich der Beziehungen DDR–BRD sehr unzufrieden sei.

Den restlichen November, den ganzen Dezember 1989 und fast den ganzen Januar 1990 verwandte Modrow darauf, die sowjetische Führung davon zu überzeugen, dass entweder die neue Führung der DDR es verstehen müsse, sich an die Spitze der nationalen Bewegung in der Republik zu setzen und sie in einen gewissen Rahmen zu bringen, oder die nationale Bewegung alles hinwegfegen würde, was sich ihr in den Weg stellte. Die Botschaft teilte die Ansicht Modrows. Aber da Gorbachev hartnäckig „nein“ sagte, verstrich wertvolle Zeit, und die nationale Bewegung der DDR füllte immer sichtbarer die in Bonn gegossenen Formen aus, zumal der Gedanke eines Beitritts zur BRD von Anfang an viele durch seine scheinbare Einfachheit bestochen hatte. Erst am 26. Januar 1990 änderte Gorbachev seine Haltung und nahm eine diametral entgegengesetzte Position ein. (Übrigens fand die schicksalsträchtige Sitzung bei Gorbachev, auf der diese Entscheidung

getroffen wurde, ohne Beteiligung der Deutschlandspezialisten aus dem Außenministerium der UdSSR und sogar ohne Hinzuziehung des Botschafters in Berlin statt.)

In den Memoiren Anatolij Černjaevs, des Beraters und wichtigsten außenpolitischen Ratgebers Gorbačevs, heißt es, er, Černjaev, habe auf der besagten Sitzung darauf bestanden, sich in der Deutschlandpolitik „deutlich auf die BRD hin zu orientieren“, und zwar nicht auf die Sozialdemokraten, sondern auf Kohl, denn Kohl wolle seiner Meinung nach die Vereinigung Deutschlands „im Rahmen des europäischen Prozesses“ realisieren, sei Gorbačev persönlich verbunden und „ein Mann von Wort“. Von Ševardnadze unterstützt, verlangte Černjaev, die bereits vereinbarte Einladung für Modrow nach Moskau zurückzuziehen und das Gespräch Gorbačevs mit Gregor Gysi, dem neuen Vorsitzenden der SED-PDS, abzusagen. Diesem „Frontwechsel“ widersprachen nur Valentin Falin und sein Stellvertreter Rafaël’ Fedorov, die eben erst die DDR besucht hatten und die Situation nicht nur vom Hörensagen kannten. Gorbačevs Entscheidung war vorläufiger Natur, ging aber deutlich in Richtung der Auffassung von Černjaev. Die wichtigsten Punkte der Entscheidung waren folgende: (1) Moskau war mit der Bildung der „Sechsergruppe“, das heißt eines Gremiums aus Vertretern der vier Mächte und der beiden deutschen Staaten, zur „Regelung des deutschen Problems“ einverstanden (die Ziele wurden nicht präzisiert; offenbar war von Anfang an die Gestaltung des Beitritts der DDR zur BRD und nicht eine gleichberechtigte Vereinigung der beiden Staaten ins Auge gefasst); (2) die UdSSR beabsichtigte, sich auf Kohl hin zu orientieren, ohne dabei die SPD zu ignorieren (in der Übersetzung in die Sprache der Praxis bedeutete dies den Verzicht auf die Verteidigung der Interessen der DDR, die infolge eines merkwürdigen Zusammentreffens von Umständen größtenteils mit denen der Sowjetunion zusammenfielen); (3) Modrow und Gysi wurden trotzdem in Moskau empfangen (offenbar zur Wahrung des Anstands, denn alle wesentlichen Fragen sollten mit Kohl geklärt werden); (4) man wollte „sich näher an London und Paris halten“ (aus dem gleichen Grunde blieb völlig unklar, mit welchem Ziel); (5) es wurde beschlossen, den Abzug der Truppen aus der DDR vorzubereiten (dies war nach Gorbačevs Einschätzung „eher ein inneres als ein äußeres Problem: 300 000 Mann, davon 100 000 Offiziere mit ihren Familien, müssen irgendwo hingetan werden“).⁴

Jetzt, da man weiß, was am 26. Januar beschlossen wurde, ist es schwierig, sich vorzustellen, wie das Gespräch Gorbačevs mit Modrow vier Tage später verlief. Jedenfalls wurde der Chef der DDR nicht davon in Kenntnis gesetzt, dass eine Wende in der Politik der UdSSR bevorstand, infolge derer die DDR ihrem Schicksal, genauer gesagt, dem Gutdünken des Kanzlers der BRD, überlassen würde. (Die Botschaft wurde übrigens auch nicht darüber informiert.) Modrow kehrte nach Berlin zurück, beflügelt durch die Unterstützung Gorbačevs für sein Konzept von der Gründung einer deutschen Konföderation als erstem Schritt zu einer Vereinigung, die der Zukunft überlassen bleiben sollte. Auf der Pressekonferenz vom 1. Februar veröffentlichte er seinen Plan zur Überwindung der Spaltung Deutschlands unter dem Titel „Deutschland, einig Vaterland“ (eine Zeile aus dem nicht mehr gesungenen Text der Nationalhymne der DDR). Die Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrats der Republik begann folgendermaßen:

„Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten rückt auf die Tagesordnung. Das deutsche Volk wird seinen Platz beim Aufbau der neuen Friedensordnung finden, in deren Ergebnis sowohl die

⁴ A. S. Černjaev, Šest’ let s Gorbačevym. Po dnevnikovym zapisjam, Moskva 1993, S. 346–347.

Teilung Europas in feindliche Lager als auch die Spaltung der deutschen Nation überwunden werden.“⁵

Modrows Plan sah vier Schritte vor: (1) Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft im Rahmen einer Vertragsgemeinschaft; (2) Bildung einer Konföderation mit gemeinsamen Organen; (3) Übertragung von Souveränitätsrechten beider Staaten an Organe der Konföderation; (4) Bildung einer einheitlichen Deutschen Föderation oder eines Deutschen Bundes durch allgemeine Wahlen in beiden Staaten. Als Voraussetzungen für die Realisierung des Plans nannte Modrow die Wahrung der Interessen und Rechte der vier Mächte sowie aller Staaten Europas und die militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation. Modrow schloss mit folgenden Worten:

„Diese Konzeption bekennt sich zu den demokratischen, patriotischen, fortschrittlichen Ideen und Bewegungen für die Einheit der deutschen Nation aus gemeinsamer Geschichte und jüngster Vergangenheit. Sie bekennt sich zu den humanistischen und antifaschistischen Traditionen des deutschen Volkes. Diese Konzeption wendet sich an die Bürger der DDR und der BRD, an alle europäischen Völker und Staaten, an die Weltöffentlichkeit mit der Bitte um Unterstützung.“⁶

Für die Interessen der UdSSR war Modrows Plan vor allem dadurch nützlich, dass er die Bedingungen für eine Synchronisierung des deutschen und des europäischen Einigungsprozesses garantierte. Die gesamte Macht der Bewegung zur deutschen Einheit wurde in den Dienst des Aufbaus eines Großeuropas unter Einbeziehung der UdSSR gestellt, damit nicht anstelle der aufgehobenen Trennlinie an der deutsch-deutschen Grenze neue Bruchstellen entlang der Grenzen der Sowjetunion entstünden. Obwohl die Aktion mit deutlicher Verspätung erfolgte, war das persönliche Ansehen Modrows als Reformers und Vertreter all des Guten, worauf die DDR stolz sein konnte, eindrucksvoll genug, um – sofern die Sowjetunion ihre Unterstützung gewährte – auf einen Erfolg des Plans zu hoffen, zumal er sowohl in der DDR als auch in der BRD insgesamt positiv durch die Öffentlichkeit aufgenommen wurde. In Westdeutschland gab es lediglich Einwände gegen die Punkte zur militärischen Neutralität, und in Ostdeutschland war nur die PDS gegen den Plan, da sie der Ansicht war, dass er „den Rahmen linker Politik überschreite“. Das Wichtigste war jedoch, dass die immer mehr an Gewicht gewinnenden Oppositionsbewegungen der DDR eine mechanische Einbeziehung der Republik in die BRD einhellig ablehnten und die Gründung eines neuen Staats, zu dem sowohl die BRD als auch die DDR ihren Beitrag leisten sollten, vorzogen. So wurde die von Modrow vorgeschlagene Übergangszeit, in deren Verlauf man sich an den Aufbau europäischer Strukturen machen konnte, die die rhetorischen Übungen zum Thema „gemeinsames europäisches Haus“ in politische Realitäten eines einheitlichen europäischen Kontinents verwandeln würden, zu einer durchaus realen Möglichkeit.

⁵ Zitiert nach Neues Deutschland vom 2. Februar 1990, in: *Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen* (Hrsg.), *Texte zur Deutschlandpolitik*. Reihe III, Bd. 8a, Bonn 1990, S. 49–51, hier S. 49.

⁶ Ebd., S. 51.

VII. Schlagdamespiel⁷

Gorbačev räumte seinem Verbündeten – der Warschauer Pakt existierte noch, und die DDR war nach wie vor Vollmitglied – ganze zehn Tage für die Umsetzung des mit ihm abgestimmten Modrow-Plans ein. Am 10. Februar 1990 unterzeichnete der Generalsekretär des ZK der KPdSU das Todesurteil der DDR. Über die Einzelheiten dessen, was sich bei dem Gespräch zwischen Gorbačev und Kohl an diesem Tag im Kreml abspielte, hat der Berater des Kanzlers der BRD, Horst Teltschik, ausführlich berichtet, der, wie er später bekannte, innerlich jubelte, als er die Erklärungen des sowjetischen Chefs hörte, die nicht mehr und nicht weniger als einen „Triumph für Helmut Kohl, der als Kanzler der deutschen Einheit in die Geschichte eingehen wird“, bedeuteten. Der wichtigste Satz Gorbačevs lautete:

„Zwischen der Sowjetunion, der Bundesrepublik und der DDR [gibt es] keine Meinungsverschiedenheiten über die (deutsche) Einheit und über das Recht der Menschen, sie anzustreben. Sie müssen selbst wissen, welchen Weg sie gehen wollen.“

Damit die Westdeutschen auch ja begriffen, was für ein Geschenk ihnen da gemacht wurde, wiederholte Gorbačev diese Formulierung noch zwei Mal. In der TASS-Meldung vom nächsten Tag über das Gespräch der Chefs der beiden Länder wurde dieser Satz zum vierten Mal – offenbar, damit alles seine Richtigkeit hatte – reproduziert, und das schon in der Version „für den Einfaltspinsel“. So hieß es in der offiziellen sowjetischen Verlautbarung:

„Michail Gorbatschow konstatierte – und der Kanzler stimmte ihm zu –, dass es derzeit zwischen der UdSSR, der BRD und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten dahingehend gibt, dass die Deutschen die Frage der Einheit der deutschen Nation selbst entscheiden müssen und sie auch selbst ihre Wahl bestimmen müssen, in welchen staatlichen Formen, in welchen Zeiträumen, wie schnell und unter welchen Bedingungen sie diese Einheit realisieren werden.“⁸

Indem Gorbačev der BRD, deren politische und wirtschaftliche Überlegenheit über die DDR bekanntermaßen erdrückend war, „freie Hand“ für die deutsche Einheit gewährte, überreichte er Bonn zwei weitere Präsente. Erstens erkannte er an, dass ein neutraler Status des vereinten Deutschland für Kohl genauso inakzeptabel war „wie auch für die meisten anderen“, und dass man andere Lösungen suchen musste. Zweitens unterstrich er, dass bei der Erörterung der internationalen Aspekte der deutschen Einheit Kohls Stimme die ausschlaggebende sein musste („Nichts darf ohne den Kanzler entschieden werden!“). In der Praxis wurde dies dadurch sichergestellt, dass der Durchführung der internationalen Erörterung der deutschen Angelegenheiten nach der Formel „2+4“, das heißt der Verleihung des Status von Hauptverhandlungsführern an die BRD und die DDR, die fortan nur noch der BRD nach dem Mund reden konnte, zugestimmt wurde, statt die traditionelle Formel „4+2“ zu wählen, für die England und Frankreich verbissen kämpften und die im Prinzip den sowjetischen Interessen entsprach. So sah also der „enge Schulterschluss“ Moskaus mit London und Paris aus! Wenn die Deutschen zu diesen oder jenen Zugeständnissen bewegt werden sollten, operierten England und Frank-

⁷ Anm. der Red.: Spielvariante, bei der gewinnt, wer seine Steine zuerst verliert.

⁸ Zitiert nach *ADN* vom 10. Februar 1990, in: *Bundesminister, Texte zur Deutschlandpolitik*, S. 86–88, hier S. 87.

reich als Verbündete der BRD gewöhnlich mit dem Hinweis, die Russen würden diesem oder jenem niemals zustimmen. Von nun an war ihnen die Möglichkeit, so zu taktieren, komplett genommen – die Russen waren mit allem einverstanden. Besorgt zeigte sich Gorbačev lediglich hinsichtlich der Fortsetzung der existierenden Kooperation zwischen sowjetischen Betrieben und Betrieben in der DDR, worum Kohl sich zu kümmern versprach. Sämtliche sowjetischen Zugeständnisse waren für die Delegation der BRD völlig überraschend und ergaben sich keineswegs aus dem Verhandlungskontext.⁹

Die „Süddeutsche Zeitung“ resümierte die Verhandlungen in Moskau mit der Feststellung: „Der Schlüssel zur Lösung der deutschen Frage ist Helmut Kohl überreicht worden.“¹⁰ Die Folge davon war, dass nicht nur die diplomatischen Anstrengungen zur Verteidigung der europäischen Interessen der UdSSR durch die Ausgestaltung der Garantien für ihre künftige Beachtung in wenigstens teilweise materieller und nicht nur verbaler Art, aussichtslos wurden. Verhandlungsmöglichkeiten setzen voraus, dass zumindest Ersatzpositionen vorhanden sind, um sich um Zugeständnisse der Gegenseite zu bemühen. Wenn aber alle Positionen bereits vor Beginn der Verhandlungen aufgegeben werden, bleiben nicht einmal für einen Teilerfolg nennenswerte Hoffnungen. In dieser Situation haben die sowjetischen Verhandlungsführer (vor allem waren dies Vertreter der Dritten Europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR und unserer Botschaft in Bonn – die Berliner Botschaft war, wie auch die DDR selbst, von Moskau unverzüglich abgeschrieben worden) ein besonderes Kompliment verdient, die sich für ein direktes Abkommen mit der BRD einsetzten, das wenigstens eine teilweise Entschädigung für den Verlust des wichtigen Verbündeten DDR darstellen sollte. Sie erreichten praktisch das Unmögliche, als sie in dem grundlegenden Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der BRD vom 9. November 1990, der nach dem Verschwinden der UdSSR weiterhin für die russisch-deutschen Beziehungen Gültigkeit besitzt, insgesamt für uns günstige Formulierungen durchsetzten. Theoretisch verlieh dieser Vertrag unseren Beziehungen zu Deutschland fast denselben exklusiven Charakter, wie er seit den Zeiten Adenauers und de Gaulles die französisch-deutschen Beziehungen auszeichnet. Allerdings fehlten natürlich Garantien für die Einhaltung des Vertrages. Als die Luftwaffe während des NATO-Angriffs auf Jugoslawien im Jahr 1999 Belgrad bombardierte, erinnerte sich niemand mehr an den Vertrag von 1990, obwohl dies eine klare Missachtung seiner Bestimmungen darstellte. Andererseits schafft dieser Vertrag eine solide Rechtsgrundlage für die französisch-deutsch-russische „Troika“, die während des Krieges der USA im Irak im Jahr 2003 und danach zu einem erkennbaren Faktor der internationalen Entwicklung geworden ist.

Unmittelbare Ergebnisse zeitigte Kohls Moskau-Besuch auch im Bereich der deutsch-deutschen Beziehungen. Für den 13. Februar wurde ein Besuch Modrows mit einer Delegation aus 17 Fachministern der DDR in Bonn geplant, bei dem über die von der BRD zugesagte wirtschaftliche Soforthilfe, die bereits als „Solidaritätsbeitrag“ angepriesen wurde, verhandelt werden sollte. Ursprünglich hatten die Westdeutschen tatsächlich die Absicht, irgendwelche praktischen Maßnahmen zur Unterstützung des sich rasch zersetzenden Wirtschaftsmechanismus der DDR zu ergreifen. Sie erklärten uns offen,

⁹ Horst Teltchik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, S. 140–143.

¹⁰ Süddeutsche Zeitung vom 11. Februar 1990.

sie hätten dies vor, da sie fürchteten, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine politische Instabilität in der DDR provozieren würden, die die Sowjetunion zwingen würde, zu reagieren (als alle Organe zur Wahrung der öffentlichen Ordnung in der Republik funktionsunfähig waren – die Staatssicherheit aufgelöst, die Armee zusammengebrochen, die Polizei so sehr eingeschüchtert, dass sie sich nicht mehr auf die Straße wagte – war die einzige Kraft, die eine Anarchie noch verhindern hätte können, die Westgruppe der Truppen). Aber die Versicherungen Gorbachevs, die UdSSR sei bereit, den Beitritt der DDR zur BRD zu unterstützen, zerstreuten die Befürchtungen der Westdeutschen. Teltschik notierte nach der Rückkehr aus Moskau in seinem Tagebuch: „Der Kanzler ist nicht mehr daran interessiert, mit einem hilflosen Modrow noch entscheidende Verabredungen zu treffen.“¹¹ Aus diesem Grunde führten die deutsch-deutschen Wirtschaftsgespräche nicht zu Ergebnissen. Fortan reduzierte sich die Politik der BRD gegenüber der DDR nur noch auf die Formel: „Je schlechter, desto besser.“

Der Druck der BRD ließ auch nach den Wahlen in der DDR am 18. März 1990, aus denen eine Regierung unter Leitung des Vorsitzenden der DDR-CDU Lothar de Maizière hervorging, nicht nach. Wirtschaftliche Unterstützung aus dem Westen gab es nach wie vor nicht – der DDR sollte der unverzügliche Beitritt zur BRD als einziger Ausweg bleiben. Bereits am 24. April wurde die Vereinbarung über die Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten am 1. Juli getroffen. Am 18. Mai wurde in Bonn ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet. Diese Union war eben genau das, was Kohl so dringend brauchte: der sofortige Beitritt der DDR zum wirtschaftlichen und also auch zum politischen System der BRD, obwohl die staatliche Einheit Deutschlands formal erst drei Monate später, am 3. Oktober 1990, Realität wurde. Die Währungsunion, die bedeutete, dass in der DDR die Währung der BRD (Deutsche Mark) als einzige Verrechnungseinheit eingeführt wurde, hatte auch zur Folge, dass die Finanzierung der Westgruppe der Truppen in der Luft hing. Seit der Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen mit der DDR im Jahre 1955 hatte die UdSSR die Kosten für den Unterhalt ihrer in der Republik stationierten Truppen selbst getragen. Ein Teil dieser Mittel, der in Mark der DDR ausgezahlt wurde (Solde, Beförderungskosten, Beschaffung von Lebensmitteln und Inventar auf dem lokalen Markt usw.), wurde aus dem ständig positiven Saldo des Handels mit der DDR gedeckt (aus diesem Grund gibt es übrigens viele Ungereimtheiten und Zweifel im Zusammenhang mit den sowjetischen Schulden bei der DDR, die nach dem Verschwinden der Republik an den Tag kamen). Aber derartige Reserven in Mark der BRD oder in einer anderen frei konvertierbaren Währung besaß die UdSSR nicht. So war also kein Geld da, um die WGT nach dem 1. Juli 1990 zu finanzieren. Es drohte der Bankrott. Deutsche Mark konnten nur von der BRD kommen, die schon aus diesem Grunde den Gang und das Ergebnis der Ereignisse diktieren konnte.

Aber auch diese Situation war noch nicht vollkommen aussichtslos. Jedenfalls gab es unter den hochrangigen sowjetischen Politikern Menschen, die der Ansicht waren, dass die UdSSR, wenn sie ihre Interessen energisch verträte, die für sie katastrophale Entwicklung in eine andere Richtung lenken könnte. Am 18. Mai sprach der Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses

¹¹ *Teltschik*, 329 Tage, S. 145.

des Obersten Sowjets der UdSSR, Valentin Falin, der für die Vereinigte Parteiorganisation der sowjetischen Auslandseinrichtungen in der DDR für ein Delegiertenmandat auf dem 28. Parteitag der KPdSU kandidierte, vor den Mitarbeitern der Botschaft. Der kämpferische Ton seiner Aussagen, die keinesfalls einer Kapitulation ähnelten, wie sie deutlich in den Taten (genauer gesagt – in der Tatenlosigkeit) der Führungsspitze zu erkennen war, hinterließ bei uns einen starken Eindruck. Falin erklärte:

„Von einer Einbeziehung des vereinigten Deutschland in die NATO kann keine Rede sein – wir brauchen ein europäisches System der kollektiven Sicherheit. Wenn wir das und den Zeitrahmen für den Aufbau eines solchen Systems vereinbart haben, dann kann man auch Vereinbarungen über Zwischenschritte treffen. Solange in Westdeutschland amerikanische Truppen stationiert sind, werden unsere Truppen sich in Ostdeutschland aufhalten; ihre Bewaffnung wird der amerikanischen entsprechen.“

Er bestand auf dem Abschluss eines umfassenden Friedensvertrags mit Deutschland, wobei er darauf hinwies, dass die Weigerung des Westens, einen solchen Vertrag abzuschließen, „auf die Beseitigung der Rechte der UdSSR (während der Westen seine Rechte durch den Bonner Vertrag, die Römischen Verträge, den NATO-Vertrag, den Vertrag über die Westeuropäische Union usw. wahrt) sowie die Weigerung, gemeinsam mit der UdSSR den militärpolitischen Status Deutschlands zu bestimmen, abzielt“. Falin schloss aus, dass Moskau mit der Anwendung von Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD einverstanden sein könnte, der einen einfachen Beitritt der DDR ermöglichte: „Dies würde nicht nur dem Ansehen der UdSSR, sondern auch der Sache schaden.“ (Er meinte damit die Verteidigungsaspekte.) Falin erklärte:

„Der Versuch, die DDR der BRD einzuverleiben, ist im Grunde genommen eine Aggression eines NATO-Landes gegen ein Land des Warschauer Pakts. Werden unsere Truppen in der DDR auch der BRD einverleibt?“

Als ich im Gespräch nach seinem Vortrag die Befürchtung äußerte, im Falle einer Verschärfung der Situation (Falin hatte erklärt, gegebenenfalls könne die Stärke der sowjetischen Truppen in der DDR verdoppelt werden) werde die gesamte Bevölkerung der Republik in die BRD abwandern, sagte er fröhlich: „Das wäre doch gut – dann müssten wir sie nicht ernähren!“

Ehrlich gesagt gab uns Falins Rede eine gewisse Hoffnung, dass noch nicht alles verloren sei. Wir wussten, dass seine Position auch im Außenministerium der UdSSR auf Expertenebene unterstützt wurde. Eine Woche vor dem „Zwei-plus-Vier“-Gespräch am 22. Juni in Berlin legte die sowjetische Delegation den USA ein Memorandum vor, das einige Punkte enthielt, die Falins Erklärungen entsprachen – zum Beispiel die Forderung nach einem Sonderstatus für das Hoheitsgebiet der DDR, das nicht dem NATO-Bereich angehören sollte, die Forderung nach dem weiteren Verbleib sowjetischer Truppen auf diesem Gebiet bei deren stufenweiser Reduzierung sowie die Forderung nach einer parallelen Reduzierung aller ausländischen Truppen auf dem Hoheitsgebiet Deutschlands. Bei dem eigentlichen Gespräch am 22. Juni legte die UdSSR den Teilnehmern einen Vertragsentwurf über das vereinigte Deutschland vor, der eine Übergangszeit, in der die Rechte der vier Siegermächte gegenüber Deutschland erhalten bleiben sollten, sowie den Abzug aller auf deutschem Hoheitsgebiet stationierten ausländischen Truppen spätestens fünf Jahre nach der Vereinigung Deutschlands vorsah, wobei die Truppen aus Berlin be-

reits nach einem halben Jahr abgezogen sein sollten. Allerdings gab Ševardnadze, der die Verhandlungen führte, seinen Gesprächspartnern eindeutig zu verstehen, dass es sich dabei keineswegs um kategorische Forderungen handle, sondern nur um eine Art „Auforderung zum Nachdenken“, dessen Ergebnisse völlig anders aussehen könnten, als man es sich ursprünglich vorgestellt hatte. Besonders machte es stutzig, dass Moskau bei den Kontakten auf allen Ebenen dem drängendsten Problem auswich – wie die Angehörigen der WGT ab 1. Juli bezahlt werden sollten. Später verstärkte sich der Eindruck, dass die demonstrativen Gesten zum Schutz der sowjetischen Interessen hauptsächlich das Ziel verfolgten, die durchaus verdiente Kritik an der Außenpolitik Gorbachevs auf dem bevorstehenden Parteitag der KPdSU abzuwenden. Sobald dieser vorbei war (mit einem für Gorbachev befriedigenden Ausgang), hatte es auch mit den Gesten ein Ende.

Am 15./16. Juli fanden in Moskau und im Nordkaukasus (Archyz) Gespräche zwischen Gorbachev und Kohl statt, bei denen die Kapitulation der UdSSR zur Realität wurde und die Gestalt von Vereinbarungen auf höchster Ebene annahm. Auf einer Pressekonferenz berichtete Kohl der Welt nach seiner Rückkehr nach Bonn von seinem Sieg auf der ganzen Linie. Die ihm von Gorbachev zugesagten Garantien sahen wie folgt aus: (1) Das vereinigte Deutschland besteht aus der BRD, der DDR und Westberlin; (2) mit der Vereinigung werden die Rechte der Alliierten im Hinblick auf Deutschland und Berlin insgesamt außer Kraft gesetzt; (3) das souveräne Deutschland entscheidet frei über die Frage seiner Zugehörigkeit zu einem Militärbündnis (einfach gesagt, es bleibt in der NATO); (4) in einem gesonderten Vertrag zwischen der UdSSR und Deutschland werden die Bedingungen für den Abzug der sowjetischen Truppen aus der ehemaligen DDR bis spätestens 1994 geregelt; (5) in diesem Zeitraum werden die NATO-Strukturen nicht auf das Hoheitsgebiet der ehemaligen DDR ausgedehnt; (6) dort können solange Einheiten der Bundeswehr stationiert werden, die nicht in die NATO integriert sind; (7) die Truppen der Westalliierten verbleiben für den gesamten Zeitraum der Stationierung sowjetischer Truppen in der ehemaligen DDR in Berlin; (8) nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus der ehemaligen DDR können Bundeswehrtruppen, die in die NATO integriert sind, stationiert werden, allerdings keine ausländischen Truppen und keine Atomwaffen; (9) die gesamtdeutschen Streitkräfte werden auf 370 000 Mann reduziert; (10) das vereinigte Deutschland verzichtet auf den Besitz und die Produktion atomarer, bakteriologischer und chemischer Waffen und bleibt Vertragspartner im Vertrag über die Nichtverbreitung dieser Waffen. Nur ein Umstand wurde nicht von Kohl öffentlich gemacht – die BRD stellte der UdSSR einen D-Mark-Sofortkredit für den Bedarf der WGT zur Verfügung und sagte zu, einen Teil der Kosten für den Transport von Menschen und Material beim Abzug der WGT aus dem Hoheitsgebiet Deutschlands zu übernehmen. Im Übrigen war die Demütigung für die Siegermacht des Zweiten Weltkriegs auch ohne diesen Punkt schon maßlos.

Die Vereinbarungen von Archyz setzten einen Schlusspunkt unter den hastigen Rückzug der UdSSR von den Positionen einer der führenden europäischen Mächte. Diese Retirade wurde zwangsläufig von einem Ansehensverlust und der Einbuße internationaler Achtung begleitet. Unverzeihlich war vor allem, dass die Westgruppe der Truppen, der nahezu kampfstärkste Teil unserer gesamten Armee, der als Schild für alle Überraschungen dienen sollte, die aus dem Westen auf uns zukommen konnten, in eine unmögliche Lage gebracht wurde. Das Ansehen der UdSSR in der Welt gründete sich vor allem auf ihre

militärische Stärke, auf die Fähigkeit, jedem beliebigen Gegner in jeder beliebigen Richtung nicht wieder gutzumachenden Schaden zuzufügen. Der Schlag gegen die Armee konnte nur das eigene Gewicht in der Welt untergraben. Ein halbes Jahrhundert lang war die Infrastruktur der WGT, die jetzt in weniger als vier Jahren demontiert, größtenteils aber einfach vernichtet werden sollte, Steinchen für Steinchen aufgebaut worden. Völlig legitim ist die Frage, die Jurij Poljakov in diesem Zusammenhang stellte:

„Kann man einen Staat achten, der, nachdem er beschlossen hatte, sein Volk aus der Stagnation herauszuführen, es in die psychische und physische Erschöpfung gestürzt hat? Einen Staat, der nahezu splitternaht von seinen geopolitischen Grenzen davongelaufen ist, wie ein vom gestrengen Ehemann ertappter Liebhaber? Hätte man doch wenigstens seine Sachen mitgenommen. Dabei waren wir doch in eben diesem Europa buchstäblich über die Knochen von Millionen unserer eigenen Bürger angekommen, was immer man dort auch sagen mag.“¹²

Die Folgen dieser Handlungsweise bekam Russland in den letzten 13 Jahren ganz deutlich zu spüren. Jetzt ist klar, wie viel Kraft und Mittel nötig sind, um die Situation, die durch die Politik Gorbachevs und El'cins, in deren Ergebnis die Starken dieser Welt weder uns noch unsere Interessen berücksichtigt haben, entstanden ist, wenigstens teilweise zu verbessern.

Der Gerechtigkeit halber sei anerkannt, dass die katastrophalen Ergebnisse der ohne Gegenleistung erfolgten Aufgabe der durch das Blut und den Schweiß des Volkes, die Entbehrungen von Generationen und die mühsamen Anstrengungen der Diplomaten errungenen Positionen durch Moskau sich nicht sofort gezeigt haben und erkannt worden sind. Zunächst herrschte Euphorie vor – hurra, die Wende ist ohne Blutvergießen erreicht worden, das Zeitalter der allgemeinen Vereinigung ist angebrochen, der Russe und der Deutsche (aber auch der Amerikaner, der Engländer und andere) sind Brüder auf ewig, aller Zwist und Zank liegt hinter uns und vor uns das wolkenlose Reich des allgemeinen Glücks und Wohlergehens. Erst später und schrittweise begann man uns klarzumachen, dass wir auf dem westlichen Fest des Lebens überflüssig sind, dass die Philippiken in Richtung „sowjetischer Imperialismus“ weniger die UdSSR als vielmehr das ewige Russland im Blick hatten, dass der Westen auch nach dem Zerfall der Sowjetunion immer noch keinen starken und einflussreichen russischen Staat sehen will. Und auf den Abzug der WGT vom Hoheitsgebiet Deutschlands vor Ablauf der vereinbarten Frist folgten nicht Worte, sondern Taten – die Osterweiterung der NATO, der NATO-Krieg auf dem Balkan, die Erklärung von Teilen der GUS zu „nationalen Interessensphären“ der USA usw. Bei alledem hielt sich Deutschland scheinbar abseits: Wir wären ja bereit, euch entgegenzukommen, so erklärten uns die deutschen Offiziellen, aber unsere Mitgliedschaft in der NATO, in der Europäischen Union, erlegt uns Verpflichtungen auf, denen wir uns nicht entziehen können – also sprecht euch mit denen ab! Es ist schwer zu sagen, was in solchen Ausreden überwog – die Heuchelei oder der offene Hohn. Das Gewicht Deutschlands in der NATO oder der EU ist hinlänglich bekannt, und Entscheidungen sind dort nicht gegen ein deutsches Votum möglich. Erst nach dem Beginn des Kriegs der USA im Irak, der selbst Westeuropa anschaulich die Spesen einer Friedensordnung, in der die Handlungen Washingtons von niemandem kontrolliert werden, vor Augen führte, begann sich die Situation in dem bekannten Maß zu ändern.

¹² *Jurij A. Poljakov*, *Sočinenija v trech tomach*. Bd. 3, Moskva 1997, S. 422.

VIII. Fazit

Formal gesehen war die Auflösung der DDR nicht unser Problem – die DDR hatte ihre eigenen Herrscher, die eine Menge Dummheiten und Fehler begingen, sie hatte ihre eigene Bevölkerung, die sich auf völlig demokratischem Weg eine Regierung wählte, die die DDR an die BRD anschloss, sie hatte ihre eigenen Parteien, die eben nichts Vernünftigeres zustande gebracht hatten, als das Land in den Ruin und seine Bürger zu dem Wunsch zu führen, der Selbstständigkeit möglichst schnell ein Ende zu bereiten. Aber wir hatten Freunde in der DDR – nicht so viele, wie die Offiziellen der Republik behaupteten, aber auch nicht so wenige, wie man uns von der anderen Seite glauben machen wollte. Es war eine Tragödie nicht nur für die DDR, sondern auch für uns, dass sehr viele Freunde unseres Landes in der DDR die Politik Gorbatschows gegenüber der Republik als Dolchstoß verstanden. Bis Januar 1990 empfand man diese Politik als Dolchstoß gegen die Reformer, die eine Reform ihres DDR-Sozialismus vorbereitet hatten, nach dem Januar 1990 als Dolchstoß gegen all diejenigen, die die UdSSR als ihre Stütze und historischen Verbündeten betrachtet hatten. Es ist nicht verwunderlich, dass die Einstellung der Masse der Ostdeutschen zu Russland sich grundlegend änderte, und nicht zu unseren Gunsten. Es ist paradox, aber eine Tatsache: In der „alten“ BRD gibt es mehr Sympathien für die Russen, obwohl diese Sympathien seit 1990 mit Gefühlen wie Mitleid und Herablassung gemischt sind.

Aber nun stellt sich heraus, dass trotz kräftigster Negativwerbung, trotz der Enthüllungen und Anstrengungen der Anti-DDR-Propaganda, die Erinnerungen an die DDR bei deren ehemaligen Bürgern bis heute noch lebendig sind. Natürlich erinnern sie sich vor allem an das Gute, das es in der Republik gab – den sozialen Schutz, die kostenlose Bildung auf europäischem Niveau, die vorbildlichen Krippen und Kindergärten, die kollegialen Beziehungen im Betrieb, die guten Filme und humanistischen Theateraufführungen. Parallel leben auch die schönen Erinnerungen an die alten Freunde aus Russland wieder auf, die viel sympathischer waren als die „neuen Russen“, von denen man in den Restaurants und Boutiquen Berlins schon gehörig die Nase voll hat. Die Bedeutung Deutschlands für die Europapolitik Russlands wird nicht geringer, sondern immer größer. Deswegen kann es uns nicht gleichgültig sein, wie die Einstellung der einfachen Deutschen zu den einfachen Russen aussieht. Vielleicht hilft die Kenntnis der inneren Zusammenhänge bei der Ausarbeitung der offiziellen Linie der UdSSR in den deutschen Angelegenheiten in den entscheidenden Monaten der Jahre 1989 und 1990 den Deutschen, die Gefühle der Solidarität objektiver einzuschätzen, die die Russen für ihren untadeligen Bundesgenossen und zuverlässigen Partner empfanden, der geschlossene Verträge selbst dann noch gewissenhaft erfüllte, als rundherum alles zusammenzuberechnen schien. Auch für uns sollte diese Kenntnis hilfreich sein, und wenn auch nur dahingehend, dass die Politik nie wieder Dilettanten anvertraut wird.